

5. April bis 15. April 1896 erste Olympische Spiele der Neuzeit in Athen

30. April 1916 Sommerzeit - Als weltweit erstes Land hatte Deutschland die Sommerzeit eingeführt.

24. April 1926 - Berliner Vertrag. Deutschland schließt mit der UdSSR einen Freundschaftsvertrag

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

Für Halle und den
Saalekreis

4. Ausgabe / 26. Jahrgang

12. April 2016

www.dgb.de/erstermai2016

1. MAI 2016

VIEL ERREICHT UND
NOCH VIEL VOR!

DGB

ZEIT FÜR MEHR SOLIDARITÄT

KUNDGEBUNG UND FAMILIENFEST

10:00 - 14:00 UHR MARKTPLATZ HALLE

LIEDERMACHER PAUL BARTSCH

Grußworte und Mai-Ansprache

Dr. Bernd Wiegand - Oberbürgermeister Stadt Halle

Dr. Sabine Kramer - Pfarrerin Marktkirche Halle

Andreas Dose - DGB Stadtverbandsvorsitzender Halle-Saalekreis

Rahmenprogramm

Double Show - Joe Cocker und Tina Turner / Band Joe Eimer & Die Skrupellosen

Kinderprogramm mit Clowni Toni / Spiel, Spaß, Basteln mit Jugendhaus e.V.

Wikiwiki Mamokuponi mit mobilen Spielplatz, Hüpfburg u.v.m.

Simultanschach mit Bundesligaspielerin Andrea Glaser & Claudia Eckhardt

DGB-Quiz mit attraktiven Preisen

INFORMATIONSLANDSCHAFT MIT
GEWERKSCHAFTEN - PARTEIEN - VEREINEN - VERBÄNDEN

Für das leibliche Wohl ist gesorgt

www.halle-dessau.dgb.de / halle@dgb.de





Nach der Wahl ist vor der Wahl!

Es ist kurz nach 17 Uhr. Ein paar Leute sitzen im Eiscafé an der Kliaplatte in Merseburg und essen einen Eisbecher und trinken Kaffee. Aber auch der Kreisverband der Linken im Saalekreis hat zur Wahlparty um diese Zeit geladen.

Ein paar wenige Mitglieder sind schon da und bauen einen Projektor und eine Leinwand auf. Es herrscht angespannte Stimmung. Als ob man schon ahnte, was in einer Stunde für eine Prognose bekannt gegeben wird. Dabei war der Wahlkampf eigentlich mit viel Enthusiasmus und Leidenschaft durch die Mitglieder geführt worden. Nichts deutete auf eine so schwere Niederlage hin. Klar spielte an den Wahlständen die Sorge um die Flüchtlingssituation eine entscheidende Rolle. Stimmen wie „ich würde euch ja wählen und habe in der Vergangenheit immer Die Linke gewählt, aber bei den Flüchtlingen bin ich anderer Meinung“ waren öfter zu hören und man diskutierte mit denen und glaubte möglicherweise mit guten Argumenten auch überzeugt zu haben.

Nun 18 Uhr, ein Schock! Mit über 7 Prozentpunkten weniger hat wohl keiner gerechnet. Und das Die Linke so weit hinter der AfD landen würde, war umso bitterer. Auch die Hochrechnungen am Abend zeigten keinen positiveren Trend. Im Gegenteil: der Rückstand zur AfD wird noch größer. Sie holt im Süden des

Landes reihenweise die Direktmandate. Hat nur das Thema „Flüchtlinge“ die AfD so stark gemacht? Zumindest war dieses Thema wahlentscheidend! Die Sorgen der Menschen um die Verteilung des zur Verfügung stehenden Geldes konnten wir mit unseren Argumenten nicht ausräumen. Die Auffassung, dass sich unsere Partei bei der Verteilung des Reichtums von oben nach unten nicht durchsetzen könnte, hielt sich wohl hartnäckig. Sicher ist da was dran, schließlich ist die gerechte Verteilung von Reichtum ein Bundesthema. Landesspezifische Themen spielten kaum eine Rolle im Wahlkampf. Auch unsere Fokussierung bei der Auseinandersetzung mit der AfD auf die Merkmale „Rechts“ und „Fremdenfeindlichkeit“ verfehlte ihr Ziel und die stärkere Aufklärung über deren sozialpolitische Aussagen wurden zu spät thematisiert.

Wieso war dennoch der Frust der Wählerinnen und Wähler gegenüber den etablierten Parteien so groß? Warum wurde auch öfter am Wahlkampfstand erzählt, wir würden auch nur so sein wie alle anderen Parteien? Klar, der Stempel der Protestpartei haftet uns nicht mehr an. Doch als Daueroppositions- oder Protestpartei hätten wir uns mittlerweile wohl auch überlebt. Nun gut, vielleicht hätten wir lauter und hörbarer im Landtag sein müssen als in der Vergan-

genheit. Aber wie gesagt, landesspezifische Themen spielten in diesem Wahlkampf eine untergeordnete Rolle. Und im Bundestag? Da stehen wir mit den Grünen einer Übermacht entgegen. Und selbst mit den Grünen finden wir außenpolitisch oft nicht zueinander. Ein weiterer Grund für das Desaster liegt auch am Wunsch vieler in der Bevölkerung nach was Neuem, was Unverbrauchtem, was Interessantem. Nicht ohne Grund wurden vor einigen Jahren die Piraten so stark. Diesbezüglich haben wir an Anziehungskraft verloren. Zwar wurde tatsächlich über unsere Plakate geredet, aber noch mehr wurden diese belächelt. „Frauenversteh“, „Popelbremse“ und das „Ich ..., Ich ..., Ich ...“ mit Wulf Gallert in Cäsarenpose kamen nicht gut an. Ja, Wulf Gallert war beim Wahlvolk nahezu unbekannt, obwohl er zweifellos der beste Redner im Landtag ist. Und wer Wulf persönlich kennt oder mit ihm ins Gespräch kommt, weiß um seine Qualitäten. Doch wie viele kennen ihn persönlich oder haben ihn je gesehen? Die schreibende Zunft liest kaum noch jemand und im Fernsehen sind Sachsen-Anhalt und deren Politik kaum wahrzunehmen.

Mit einer Etablierung einer AfD rechts von der CDU muss in Zukunft gerechnet werden, selbst wenn die sogenannten etablierten Parteien einen Großteil der Wähler zurückgewinnen können. Sobald die CDU sich damit abgefunden hat, dass es rechts neben ihr noch eine bedeutendere Partei gibt, gilt es als sehr wahrscheinlich, dass es dann zu Koalitionen zwischen diesen Parteien kommt. Der zunehmende Verlust des Protestwählerklientels und die gleichzeitig zunehmende Bedeutung des Spitzenkandidaten bei der Wahlentscheidung birgt eine große Gefahr für Die Linke, landespolitisch bedeutungslos zu werden.

Es ist 20 Uhr, mittlerweile haben sich knapp 30 Parteifreunde im Eiscafé eingefunden. Zeit, sich bei den Wahlkämpfern zu bedanken. Verabschiedet wird mit einem Blumenstrauß Angelika Hunger. Sie saß über zehn Jahre im Landtag, sie verzichtete auf eine erneute Kandidatur. Ein Mandat im Landtag haben dafür Kerstin Eisenreich und Thomas Lippmann für die Die Linke im Saalekreis errungen. Kerstin, aber auch Landtagskandidatin Pia Schillinger sind im Eiscafé zugegen. Bei beiden wird sich mit Blumen bedankt. Die Linke hatte im Saalekreis ein Zweitstimmenergebnis von 15,5 Prozent erreicht. Große Abweichungen vom Kreisergebnis sind in den einzelnen Gemeinden und Städten nicht feststellbar. Die Verluste gegenüber dem Ergebnis von 2011 sind hingegen

teilweise deutlicher. So mussten wir insbesondere in Merseburg, Bad Dürrenberg, Braunsbedra und Mücheln Federn lassen müssen. Sicher lag das nicht an den Wahlkämpfern vor Ort. Die genauen Ursachen sind sicher komplexer Natur und müssen in Ruhe analysiert werden.

Ein schlechtes Wahlergebnis ist kein Grund, die Flinte ins Korn zu werfen. Nach der Wahl ist vor der Wahl! Ergebnisse im Einzelnen:

Im Gegensatz zu 2011 waren knapp 10.000 Einwohner des Saalekreises weniger wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung im Saalekreis stieg um 12,7 %-Punkte auf 62,6 %. Trotz gestiegener Wahlbeteiligung hat unsere Partei auch absolut an Stimmen verloren. Lediglich in den Gemeinden Barnstädt und Nemsdorf-Göhrendorf stimmten mehr Wähler als 2011 für unsere Partei.

Zweitstimmen: CDU 28,9 %, AfD 28,0 %, DIE LINKE 15,5 %, SPD 9,4 %, FDP 5,8 %, GRÜNE 4,0 %

Erstimmen: AfD 31,2 %, CDU 27,8 %, DIE LINKE 16,9 %, SPD 11,9 %

Unsere Kandidaten im Einzelnen:

- Thomas Lippmann erreichte 17,5 % (-5,4)
- Kerstin Eisenreich erreichte 16,3 % (-10,4)
- Pia Schillinger erreichte 16,0 % (-8,8)
- Andrei Fischer erreichte 17,1 % (-6,0)

Zweitstimmen unserer Partei ohne Briefwähler:

- Stadt Bad Dürrenberg 15,5 % (-9,8)
- Goethestad Bad Lauchstädt 12,7 % (-7,6)
- Gemeinde Barnstädt 19,7 % (-0,3)
- Stadt Braunsbedra 14,3 % (-11,5)
- Gemeinde Farnstädt 17,1 % (-10,3)
- Gemeinde Kabelsketal 15,3 % (-6,0)
- Stadt Landsberg 15,2 % (-5,9)
- Stadt Leuna 14,3 % (-8,8)
- Stadt Wettin-Löbejün 13,7 % (-7,9)
- Stadt Merseburg 15,2 % (-10,0)
- Stadt Mücheln (Geiseltal) 15,6 % (-11,1)
- Gemeinde Nemsdorf-Göhrendorf 22,3 % (-4,2)
- Gemeinde Obhausen 16,3 % (-8,3)
- Gemeinde Petersberg 14,2 % (-6,0)
- Stadt Querfurt 16,8 % (-8,7)
- Gemeinde Salzatal 16,2 % (-5,0)
- Gemeinde Schkopau 14,7 % (-8,5)
- Stadt Schraplau 13,1 % (-12,5)
- Gemeinde Steigra 12,3 % (-5,2)
- Gemeinde Teutschenthal 16,3 % (-5,8)

Aus der letzten Stadtratssitzung vom 30.03.2016

Wieder sind von der Tagesordnung des Stadtrates eine Reihe von Vorlagen nicht zur Stadtratssitzung behandelt worden. Dazu gehört z.B. das Wirtschaftskonzept der Stadt Halle (Saale). Nach dem letzten Wirtschaftsausschuss gab es noch einmal Änderungen, die die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses nicht kennen. Also wurde es noch einmal in den Ausschuss verwiesen. Auch das Sportprogramm ist noch nicht fertig, es wird ebenfalls noch in den Ausschüssen beraten.

Im Bericht des Oberbürgermeisters verwies er auf die Tatsache, dass bis zum 31. März 2016 75 Millionen Euro Fördermittel „Fluthilfe“ beantragt wurden. U.a. sollen bzw. werden derzeit solche „Großprojekte“ wie der Osendorfer See, das Planetarium, das MMZ und die Eisssporthalle wieder hergerichtet bzw. neu gebaut.

Er führte aus, dass derzeit 3.571 Flüchtlinge in Halle leben. Im ehemaligen Hotel Maritim sind derzeit 165 Flüchtlinge untergebracht; insgesamt sind in den zentralen Anlaufstellen in Halle 250 Flüchtlinge. Es sind zurzeit viel weniger Flüchtlinge als noch vor einigen Monaten. Der OB informierte weiter darüber, dass in die Planungen des Hotels am Riebeckplatz, welches die HWG errichten will, das Landesverwaltungsamt eingebunden ist. Am 6. April soll es eine „Zukunftswerkstatt zur Gestaltung des Riebeckplatzes“ geben. Am 7. April wird TK Maxx in der Innenstadt Halles eröffnet.

Beschlossen wurde eine erste Änderung zur „Richtlinie zum bürgerschaftlichen Engagement“. Jedes Jahr soll es eine zentrale Veranstaltung geben, zu der Ehrenamtliche die Ehrenamtskarte überreicht bekommen. Mit dieser Ehrenamtskarte haben diese Ehrenamtlichen das Recht, an einer Veranstaltung im Bereich Kultur oder Sport (für zwei Personen) teilzunehmen. Es ist – wenn auch nur eine kleine – aber wichtige Anerkennung für die geleistete Arbeit vieler ehrenamtlicher Helfer in der Stadt Halle (Saale). Beschlossen wurde auch eine Förderung von Städtepartnerschaften. So sollen z.B. Schülergruppen, die aktiv Städtepartnerschaften pflegen, einen Zuschuss für Reisen etc. bekommen. Auch hier ist es eigentlich zunächst „ein Tropfen auf dem heißen Stein“, aber es ist ein Anfang gemacht!

Wer hätte gedacht, dass es gerade zur Vorlage

„Kostenrückerstattung der Kita-Gebühren“ so viel Diskussion geben würde.

Zur Vorgeschichte: Im vergangenen Jahr gab es auch in der Stadt Halle den sogenannten „Kita-Streik“. Eltern, die Kita-Gebühren gezahlt haben, sollen nun die eingezahlten Gelder für die Tage, an denen die Kinder auf Grund des Streikes nicht betreut wurden, rückerstattet bekommen. So hat es der Oberbürgermeister „versprochen“. Diese Rückerstattung gestaltet sich aber verdammt schwer, weil es keine verlässlichen Aufzeichnungen gibt, die nachweisen, welche Kinder überhaupt betroffen waren. Auch das Antragsprozedere für die Eltern ist nicht einfach dadurch. Ein Antrag von Stadträten – Thomas Schied und Josephine Jahn aus unserer Fraktion gehören auch dazu – beinhaltet, das entsprechende Geld lieber den Kindertagesstätten auszuzahlen, weil dann die Kinder in den „Genuss“ des Geldes kommen würden und bürokratische Hürden überwunden werden. Auch der Stadtelternrat hat diese Position unterstützt. Im Stadtrat wurde darüber sehr kontrovers diskutiert. Ein dritter Antrag (Grüne) wollte einbringen, dass die Eltern entscheiden können, ob sie eine Rückerstattung der Gebühren wollten, oder ob die Zahlung an die Kitas gehen sollten – also eine Kompromisslösung. Thomas Schied aus unserer Fraktion erklärte, „Viele Eltern, die die Rückzahlung beantragt haben, wollten das Geld lieber spenden, der bürokratische Aufwand für die individuelle Rückerstattung ist unglaublich“. Einen ganz anderen Aspekt brachte Katja Müller ein: „Mit der Rückerstattung wird ein Stück weit das verbriefte Streikrecht untergraben“ – aus diesem Grund würde sie einer Auszahlung des Geldes an die Eltern nicht zustimmen. Und schließlich sprach auch Bodo Meerheim in der Diskussion dazu: „Wir müssen mit dem Märchen aufhören, dass es sich um vorhandenes Geld handelt“. Er meinte, dass das Geld längst ausgegeben wäre und wir von einer „Streikprämie“ reden! Es wäre ein Präzedenzfall, wenn wir so handeln würden!

Der Oberbürgermeister bringt in die Debatte ein, dass es inzwischen 151 Anträge von Eltern auf Rückerstattung der Kosten gäbe und gibt bekannt, dass jeder Antrag individuell beschieden werden muss. Klageverfahren wären also möglich und er verweist auf eine lange Dauer, bis diese Verfahren ggf. endlich beschie-

den seien...

Diese Bemerkung erntet Verwunderung bei den Stadträten und es gibt eine Auszeit für die Beratung in den Fraktionen. Das Ergebnis: Die Vorlage wird vertagt, weil die rechtlichen Bedenken, von denen der OB sprach, zu prüfen sind!

Beschlossen wurde, dass ein Baumarkt in der Grenzstraße errichtet wird und auch verschiedene Bebauungspläne, so zum Beispiel für ein Autohaus am Göttinger Bogen. Auch die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes wird beschlossen.

Ute Haupt, Stadträtin



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat April Geburtstag haben.



Verleihung des Mitteldeutschen Inklusionspreises 2016

Unter Schirmherrschaft des Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow

Am 23. April 2016 wird wieder der Mitteldeutsche Inklusionspreis in Halle vergeben. Dieses Mal wird der Ministerpräsident des Freistaates Thüringen, Bodo Ramelow, die Schirmherrschaft übernehmen. Er wird an diesem Tag ab 10:00 Uhr im Stadthaus auf dem Marktplatz nicht nur Preise vergeben und anerkennend auf Schultern klopfen, sondern sich auch an der vorausgehenden Podiumsdiskussion beteiligen.

Was honoriert der Preis?

Menschen, die sich auf unterschiedlichste Art und Weise für Inklusion stark machen, sollen hier geehrt werden. Damit die Vielfalt des Engagements gut zur Geltung kommen kann, wird der Preis in unterschiedlichen Kategorien verliehen.

Neben Einzelpersonen und Bildungseinrichtungen, die für ihr Engagement geehrt werden, geht der Preis auch an Unternehmen, die sich über das gesetzliche Maß hinaus für die Gleichberechtigung benachteiligter Menschen einsetzen. Wie tun sie das? Zum Beispiel, indem sie mehr Menschen mit Behinderung beschäftigen, als es laut gesetzlicher Quote vorgeschrieben ist. Oder, indem sie einen im Bereich Inklusion tätigen Verein unterstützen, indem jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freigestellt werden, die sich dort ehrenamtlich einbringen. So schaffen es die Unternehmen, dass sich Menschen mit Behinderung als gleichberechtigte und vollwertige Mitglieder der Gesellschaft und der Arbeitswelt wahrnehmen und sie ihre Potenziale voll ausschöpfen können. Auch Projekte bzw. Institutionen, die Inklusion vorleben und somit ein positives Vorbild für die Gesellschaft sind, können für ihr langfristiges, ehrenamtliches und freiwilliges Engagement hervorgehoben werden.

Neben all den Menschen, Bildungseinrichtungen, Unternehmen und Institutionen bzw. Projekten, die

Menschen mit Behinderung unterstützen und ihnen dabei helfen, eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft zu verwirklichen, werden natürlich auch jene Menschen ausgezeichnet, die sich trotz einer Behinderung nicht von Barrieren aufhalten lassen und so zu einem positiven Vorbild geworden sind.

Das jeweilige Engagement und die Leistungen der Preisträgerinnen und Preisträger sollen in der Bewerbung schriftlich dargelegt und begründet werden. Eine Jury entscheidet über die Vergabe des Preises. Mitglieder der Jury können nicht nominiert werden.

Ich habe schon mehrfach an diesen Preisverleihungen teilgenommen. Immer wieder war ich darüber erstaunt und begeistert, mit welchem Engagement sich die Preisträgerinnen und Preisträger zum Teil seit vielen Jahren in ihren Projekten einbringen. Schon beim letzten Mal hab ich gedacht, wie gut es wäre, wenn die Verleihungen auch von viel mehr Menschen ohne Handicap erlebt würden. Daher habe ich mir mit diesem Artikel vorgenommen, bei den Leserinnen und Lesern dafür zu werben, dass sie sich an diesem Samstagvormittag die Zeit nehmen und die Veranstaltung besuchen. Mir liegen Fragen der Inklusion von Menschen mit Behinderung nicht nur persönlich am Herzen. Vielmehr engagieren sich Mitglieder unserer Partei auf vielfältige Weise ganz direkt, unter anderem auch in den entsprechenden Verbänden. Schließlich finden sich in unserer Programmatik Rechte von Menschen mit Behinderungen an vielen Stellen. Besonders auch hier ist ein solidarisches Miteinander gefragt. Ich hoffe, Interesse geweckt zu haben und würde mich tüchtig freuen, das eine oder andere bekannte Gesicht aus unseren Reihen am **23. April 2016, um 10 Uhr im Stadthaus zu sehen.**

Dr. Petra Sitte

Die Märzgefallenen mahnen

von Klaus-Dieter Iffarth, Ortsverband Wettin-Löbejün

Seit einigen Jahren bemüht sich unser Ortsverband, das Andenken an die Wettiner Opfer der Märzkämpfe von 1920 vor dem Vergessen zu bewahren. Vier junge Männer sind bei den Kämpfen in Halle ums Leben gekommen. Obwohl zu DDR-Zeiten jährlich mit Fahnenappell geehrt, ist so gut wie nichts über sie bekannt. Da hört man auch schon mal ein „selber Schuld“. Warum



mussten sie unbedingt dorthin, wo geschossen wurde?!

Angesichts der heutigen weltweiten Militarisierung, wachsender kriegerischer Konflikte und erneuter Weltkriegsgefahr ist unser Einsatz für friedliche Konfliktlösungen wichtiger denn je. Das Kapital riskiert die Welt, um jeden Zipfel unserer Erde unter seine Herrschaft zu zwingen. Deshalb darf kein Opfer von Militärherrschaft vergessen werden.

Die Toten mahnen!

Viele Briefe sind nötig

von Herbert Schmidt, Ortsverband Wettin-Löbejün

Ich möchte auf einen Artikel in der Zeitschrift Rotfuchs vom März 2016 / S.2 aufmerksam machen: „Läppi-sche Antwort auf ein seriöses Schreiben“ von Professor Dr. Horst Schneider.

Der Rotfuchs kommentiert den Artikel mit:

„Wie Präsident Gauck auf besorgte Fragen von Prof. Schneider reagieren ließ“.

Der Brief an Gauck beinhaltet in sechs wesentlichen Punkten Anklage gegen die Kriegspolitik der Regierung Deutschlands. Deutschland taumelt von einem Krieg zum anderen und die Regierung erfindet immer abenteuerlichere Begründungen.

So schreibt Schneider an den Bundespräsidenten und erklärt in 6 Punkten diesbezügliche Völkerrechtsverletzungen. Er zitiert Ex-Kanzler Gerhard Schröder „...dass der Krieg gegen Jugoslawien Völkerrechtsbruch war“.

Der sechste Punkt: die feindselige Politik gegenüber Russland verurteilt Schneider und viele andere Politologen, noch ehe bekannt wurde, dass die USA 2017 die bewaffneten Streitkräfte entlang der europäisch-russischen Grenze, vom Finnischen Meerbusen bis zum Schwarzen Meer „zum Schutze der Anrainerstaaten vor einer russischen Aggression!“

erhöht.

Jetzt ist es Zeit, dass wir uns nicht nur besorgt äußern, sondern geschlossen unseren Protest kundtun, wie es zum Beispiel die sechzig namhaften Politiker und Künstler, darunter Expräsident Roman Herzog und der Schauspieler Mario Adorf, mit „Nicht in unserem Namen!“ gegen die Rußlandpolitik getan haben.

Der deutsche Journalist Rudolf Augstein äußerte: „Solange die Beziehungen zwischen Moskau und Berlin unter dem Gefrierpunkt bleiben, ist an eine Lösung der europäischen Probleme nicht zu denken.“ Der amerikanische Spitzenpolitiker Henry Kissinger meint: „Der Westen sollte so ehrlich sein, zuzugeben, dass er in Bezug auf die Ukraine einen Fehler gemacht hat. Die spezifische Bedeutung der Ukraine für Russland wurde ignoriert.“ Das sagt ausgerechnet Kissinger, der hauptsächlich den Vietnamkrieg zu verantworten hat!

Prof. Schneider hat im Brief an Gauck, unter Punkt vier gesagt: „Der Verzicht auf die Rüstung würde ungeheure Mittel für andere nützliche Zwecke freisetzen und manchen Krieg „austrocknen“. Die Abschaffung der Atomwaffen hat wegen ihrer Gefährlichkeit Vorrang. Sie müssen vom deutschem Boden verschwinden. Deutschland muss aufhören, der NATO-Vasall der USA zu sein.“ (H.S.: das geht nicht, solange die USA und England keinen Friedensvertrag abge-

schlossen haben.)

Deutschland ist in Europa der mächtigste und reichste imperialistische Staat und strebt - seit der Wiedervereinigung - an, eine Großmacht zu werden. Hierzu die Aussage des Kanzlers der Einheit, vor dem Bonner Bundestag, 1990: „Deutschland ist nun eins. Nun können wir uns der Hauptaufgabe widmen, wieder eine Großmacht zu werden.“ Sein damaliger Außenminister, Claus Kinkel, ließ die Katze aus dem Sack, indem er sagte: Mögen die Menschen aus Ost und West zusammenwachsen, wir werden in der Außenpolitik das fortsetzen, was wir schon zweimal nicht geschafft haben.“

(H.S.: gemeint ist der 1. u. 2. Weltkrieg, die Unterwerfung Europas und die Inbesitznahme der Rohstoffquellen des Nahen und Mittleren Ostens). Der ehemalige Verteidigungsminister Peter Struck plapperte es aus: „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt.“

Es gibt zweierlei „Gefahren“, die auf uns zukommen. Erstens: Der Terrorismus, der Europa erreicht hat. Ich habe das Buch von Totenhöfer, „10 Tage bei den IS-Kämpfern“ gelesen und verurteile deren Grausamkeiten genauso, wie ich die Kriege verurteile, die solche und andere Unbilden verursachen! Frage hierzu: Wie kommt es, dass immer mehr Jugendliche aus europäischen Ländern – auch Deutschland - zu den IS Kämpfern stoßen?

Zweitens: Der Neofaschismus, nicht nur in Deutsch-

land! Ein Rechtsruck geht durch die ganze Welt. Er verursacht, vor allem in den ehemaligen Ostblockstaaten, die verheerende Feindschaft zu Russland, genauso wie in den Vereinigten Staaten. In den westlichen Wertegemeinschaften werden die Russen verunglimpft.

Muss ich den Faschismus ein zweites Mal erleben? Die Geschichte wiederholt sich! Aber, jede Wiederholung ist geprägt von neuen technischen Strategien der Mörderbanden, diesseits und jenseits des Atlantiks.

Wir müssen uns ihnen in den Weg stellen!

Ernst Thälmann sagte 1932: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“. Roman Herzog, Mario Adorf und 58 andere Politiker und Künstler sagten: „Nicht in unserem Namen!“ Wir schließen uns diesem Protest an und sagen: „Hände weg, von Russland!“

Mit diesen wenigen Sätzen drücke ich meine Sorgen aus über die Verbrechen, die im Namen des deutschen Volkes an den Völkern - nunmehr global erfolgen. Oder wie es Gauck in einer seiner Reden gesagt hat: „Deutschland müsse sich auch außerhalb seiner Grenzen, europa- und weltweit militärisch engagieren!“ Ich werde ebenfalls einen Brief an den Präsidenten schreiben und meinen Protest gegen die Völkerrechtsverletzungen der Bundesregierung ausdrücken: „Nicht in meinem Namen!“ Besser wäre es, wenn viele Menschen ihren Protest erheben.

Das werde ich auch in unserem Ortsverband anregen.

Der RotFuchs, Regionalgruppe Halle lädt ein:

Bildungsveranstaltung am
Dienstag, 17. Mai 2016, 16:30 Uhr,
Kulturtreff in Halle-Neustadt,
Am Stadion 6.

Es spricht **Bruno Mahlow**,
ehemals Abteilung Internationale Beziehungen
des ZK der SED zum Thema „Russland vor
den Wahlen zur Duma“

Nachruf

Unser Genosse
Rudolf Schulz

ist plötzlich am 19. März im Alter von
79 Jahren verstorben.

Die BO Riebeckplatz/Hofjäger verlor mit ihm
einen aktiven, stets einsatzbereiten Genossen.
Wir werden ihn in guter Erinnerung behalten.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

07.04.2016

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 28.04.2016

Post von Lene

Liebe ältere und jüngere Linke, heute muss ich euch unbedingt schreiben, weil ich die Frühlingsfreuden mit euch teilen möchte, die ich in Omas und Opas Garten erlebe: die gelben Osterglocken leuchten neben den blauen Blümchen, die Blausterne heißen, auch rote Tulpen haben sich schon rausgewagt. Das hilft uns allen vielleicht, wieder Mut nach dem schlimmen Wahlergebnis zu kriegen.

Meine Oma nebst Opa, meine Elternteile und natürlich auch ich als linke Schülerin waren irgendwie fix und fertig und total geschockt. Vor allem wegen der vielen Leute, die die blöde neue rechte Partei namens AfD gewählt haben.

Mit meinen beiden besten Kumpels Leo und Anton habe ich in meiner mit Opas Hilfe gebauten Bude im Garten lange darüber diskutiert. Denen können wir vertrauen, weil die nicht überall alles rumtratschen. Denn ich weiß z. B. nicht, wie unser schnieker Deutschlehrer Herr Reim, der immer die ihn umsäuselnde Paula mit ihren Markenklamotten vorzieht, diese neue Partei findet. Und man kann ja nie wissen!! Auf den Wahlplakaten der AfD (wie heißt die eigentlich ins Lange übersetzt?), konnten wir z. B. lesen, dass alles gut wird bei uns, wenn die Flüchtlinge „abgeschoben“? und keine neuen reingelassen werden. Notfalls muss man sie an der Grenze erschießen, hat eine adlige AfD-Frau namens Storch im Internet geschrieben!! Die gehört nach unserer Meinung dafür glatt in den Knast. Herrn Harz gab es doch schon lange vor den Flüchtlingen und auch die Aufstocker, die voll arbeiten und zusätzlich bei Herrn Harz um Geld betteln gehen müssen für die Miete und so!

Leo und Anton hatten gehört, dass die Flüchtlinge unser Land überschwemmen, klauen und schmarotzen und andere totschiessen würden. Anton erzählte, dass seine Mama Angst hat, dass sie ihren Dschob als Reinigungsfrau mit Aufstockung durch Herrn Harz verlieren könnte, dann wäre sie wie Leos Papa völlig auf dessen Gnade angewiesen und dann wäre auf keinen Fall eine Spielkonsole drin, die er sich schon lange gewünscht hat. Die Flüchtlinge wären für ihren Boss vielleicht sogar kostenlos.

Ich habe meinen Kumpels versprochen, dass ich das alles bis zu unserem nächsten geheimen Budentreffen mit meiner Oma und meinem Opa bespreche und wir dann wieder unsere Meinungen austauschen können. Ich habe ihnen dann alles brühwarm erzählt, was ich

erfahren habe. Also: In den Ländern, wo die Flüchtlinge herkommen, ist Krieg. Aber das wussten wir auch schon und auch, dass Frauen Kinder und sogar kleine Winzlinge vor den Flugzeugen mit



Bomben und Kugeln Angst haben und ihr Leben retten und deshalb über das Meer fliehen und viele sogar dabei ertrinken.

Und das ist kein Film, sondern wirklich!!

Oma sagte mir, dass sie die Sorgen von Antons Mama verstehen kann. Die haben auch andere Menschen.

Leo und Anton machten Kulleraugen, als ich ihnen als linke Schülerin erzählte, dass Deutschland zu den reichsten Ländern der Welt gehört und ohne weiteres den Kriegsflüchtlingen und Notleidenden eine neue Heimat geben könnte, ohne dass Antons Mama Angst um ihren Dschob haben müsste.

Wie im Märchen gibt es in unserem Land wenige Stinkreiche und viele Arme.

Aber den Reichen, auch Millionäre genannt, lässt das Hohe Haus in Berlin und in Magdeburg mit dem Herrn Haseloff an der Spitze alles, statt davon etwas für die Armen abzuwickeln.

Aber, habe ich meinen Kumpels gestanden, das haben wir als Linke (ich habe ihnen erzählt, was damit gemeint ist) schon immer gesagt, auch dass man das Land kaputt gespart hat, was man zum Beispiel an den zu wenigen jungen Lehrern und dem vielen Stundenausfall sieht. Und dass das so nicht weitergehen kann. Aber das wollte in den hohen Häusern bisher keiner hören. Und nun haben wir den Salat namens AfD Hoffentlich kapiert das die neue Regierung unter Herrn Haseloff endlich und hört vielleicht ab und zu mal auf uns Linke.

Jetzt müssen alle Linken, auch ich und meine beiden Kumpels, die ich als Neulinke gewonnen habe, beraten, wie wir am besten Druck auf die neue Regierung machen können.

Kinder können auch Ideen haben!!! Um uns allen Mut dazu zu machen, beende ich meinen Brief mit einem Frühlingsgedicht von einem Dichter namens Uhland,

aber aus Gründen des mangelnden Platzes nur mit der erste Strophe.

Frühlingsglaube
„Die linden Lüfte sind erwacht,
sie säuseln und weben Tag und Nacht.
Sie schaffen an allen Enden.
O frischer Duft, o neuer Klang.
Nun armes Herze sei nicht bang!
Nun muss sich alles, alles wenden.“

Tschüss Eure Lene

BBZ „lebensart“ e. V. informiert:

Eröffnung der Wanderausstellung „Trans* in der Arbeitswelt“ am 11. April in der Harzmensa

Die Grüne Hochschulgruppe Halle und das BBZ „lebensart“ e. V. eröffnen am 11.04.2016 um 13 Uhr in der Harzmensa der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammen mit dem Studentenwerk Halle die Wanderausstellung „Trans* in der Arbeitswelt“.

Die Ausstellung zeigt zwölf mutige transgeschlechtliche Menschen an ganz unterschiedlichen Arbeitsplätzen: In Büros, Produktionsbetrieben, als Lehrende und LKW-Fahrende. Die Ausstellung thematisiert die Schwierigkeiten, auf die Trans* Menschen am Arbeitsplatz und bei der Jobsuche immer wieder stoßen. Die Wanderausstellung der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen des Landes Berlin entstand im Rahmen des Projektes Trans* in Arbeit unter künstlerischer Leitung der Fotografin Anja Weber und besteht aus 12 Einzelporträts von transgeschlechtlichen Menschen. Sie ist vom 11. April bis zum 02. Mai 2016 in der Harzmensa der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Harz 42, 06108 Halle zu sehen und wird durch das Studentenwerk Halle finanziell unterstützt.

Erster geouteter Profifußballer Deutschlands: Marcus Urban in Halle

Freitag, 22. April 2016, 18 Uhr im BBZ „lebensart“ e. V.

In den 1980/90er Jahren spielte Marcus Urban beim Fußballclub Rot-Weiß Erfurt und in den DDR-Jugendnationalmannschaften gegen und mit späteren deutschen Fußballnationalspielern wie Steffen Freund, Robert Enke, Bernd Schneider oder Thomas Linke. Nach seiner Sportkarriere hat er an der Bauhaus-Universität Weimar studiert und danach als Dipl.-Ing.

im Bereich der erneuerbaren Energien Windkraft-Parks in Hamburg geplant. Sein Lebenslauf führte ihn sowohl in die Design-Welt Mailands und in das Marketing für Künstler*innen mit Handicaps in Hamburg. Marcus Urban wird erzählen, wie er sich als Schwuler in der Fußballwelt verstecken konnte, warum er über Neapel, Mailand und Berlin nach Halle kommt sowie viele Denkanstöße geben - weit über den Fußball hinaus.

Die Veranstaltung wird durch das Programm „Demokratie stärken - Du bist Politik!“ der Landeszentrale für Politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt gefördert. Der Eintritt ist frei.

Filmabend „Prayers for Bobby“ (USA, 2009, 86 Minuten)

Mittwoch, 20. April 2016, 19 Uhr, Evangelische Kirchengemeinde St. Laurentius (Gemeindehaus, Breite Straße 29, Halle)

Der Filmabend wird von der St. Laurentius-Gemeinde gemeinsam mit der Gruppe „Queer + Glauben“ des BBZ „lebensart“ präsentiert.

Kalifornien in den späten 70er Jahren: Alles scheint in bester christlicher Ordnung im Haushalt der resoluten, aber herzlichen Familienmatriarchin Mary Griffith. Mit der Ruhe ist es jedoch vorbei, als sich der zweitälteste, nunmehr fast erwachsene Sohn zu seiner Homosexualität bekennt. Das darf nicht sein, findet Mary, und versucht Bobby mit Gebeten zu kurieren. Als der sensible Bobby schließlich unter dem vielfältigen Druck zusammenbricht und Selbstmord verübt, ist die Trauer groß. Mary aber liest Bobby Tagebuchaufzeichnungen und kommt ins Grübeln. Durch den Freitod ihres Sohnes wird sie zu einer überzeugten Schwulenrechtsaktivistin.

Der Filmabend ist offen für alle.

Ausstellungseröffnung „Gefühls Welten“

Die Künstler Henriette, Rei und Kaito eröffnen am Sonnabend, 9. April 2016, 19 Uhr im BBZ „lebensart“ e. V. die Kunstaussstellung „Gefühls Welten“.

Die Ausstellung zeigt die künstlerische Auseinandersetzung der Maler mit ihren Gefühlen und Emotionen. Durch die unterschiedlichen Blickwinkel der einzelnen Künstler ergibt sich hierbei ein vielfältiges Spektrum an ausdrucksstarken Bildern, die man in entspannter Atmosphäre auf sich wirken lassen kann. Die Ausstel-

lung ist vom 9. April bis zum 27. Mai 2016 in der Begegnungsstätte des BBZ „lebensart“ zu besichtigen.

Argumentationshilfe von queer.de für die Öffnung der Ehe für alle

Mit dem Hinweis, dass die Ehe auf Kinder ausgelegt sei, dem Verweis auf das Kindeswohl und dem Schutz der traditionellen Familie oder der Warnung vor der Vielehe wollen vor allem Konservative eine rechtliche Gleichstellung nicht-heterosexueller Menschen verhindern. Das Internetportal queer.de widerlegt in ei-

nem aktuellen Beitrag die neun am häufigsten eingebrachten Befürchtungen.

Die Argumente für die Öffnung der Ehe sind nicht neu. Die Zusammenstellung von queer.de kann aber mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 dazu beitragen, dass Deutschland endlich die Ehe öffnet - so wie es 20 Länder bereits getan haben: Niederlande, Belgien, Spanien, Kanada, Südafrika, Norwegen, Schweden, Portugal, Island, Argentinien, Dänemark, Uruguay, Brasilien, Neuseeland, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, Finnland, Irland, USA.

http://www.queer.de/detail.php?article_id=25710

Wo stehen wir, was haben wir bisher geschafft – und wohin wollen wir?



Aktionskonferenz

Berlin, 15./16. April 2016



Unsere bundesweite Aktionskonferenz ist das zentrale Event in diesem Jahr, um mit Mitstreiterinnen und Mitstreitern aus dem gesamten Land über unsere bisherigen Erfahrungen mit unserer Kampagne „Das muss drin sein.“ zu diskutieren und sie weiterzuentwickeln.

Dich erwarten anderthalb Tage zum Austausch von Erfahrungen, Anregungen für eigene Aktionen, spannende Vorträge, Tipps zur Kampagnenführung vor Ort und vieles mehr. Für Verpflegung und Kulturprogramm ist auch gesorgt.

Mit Katja Kipping und Bernd Riexinger (DIE LINKE), Klaus Dörre (Uni Jena), Ulrich Schneider (Paritätischer Wohlfahrtsverband), Jana Seppelt (ver.di) und vielen mehr.

WORKSHOPS:

Politik (um)gestalten - Kreative Aktionen im öffentlichen Raum:

Lust auf eine Alternative zum ewig gleichen Infostand? Aktionen, die den Blick auf sich ziehen, müssen nicht kompliziert sein! In diesem Workshop werden wir gemeinsam Beispiele für kreative Aktionen sammeln, die Vorbereitung dafür besprechen und die Inspiration für mehr anregen.

Unsere Kampagne richtig kommunizieren – Grundlagen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Die Aktion ist super gelaufen, aber nur die Anwesenden wissen davon? In diesem Workshop geht es darum, die Reichweite von Aktionen zu erhöhen. Wie

schreibe ich eine gute Pressemitteilung für die lokale Zeitung? Was macht eine gute Dokumentation aus? Und wie nutze ich social media am Effektivsten?

Lokale Mietenkampagnen planen – Welchen Beitrag können wir als Partei leisten?

Steigende Mieten und die Vertreibung eingesessener Bewohner sind in vielen deutschen Städten harte Realität. Doch wie können wir uns dagegen wehren? Die Berliner Initiative Kotti und Co. gibt Einblicke in den eigenen Mietenkampf und gibt Anstöße für die Planung von Kampagnen vor Ort.

Traumjob Wissenschaft?

Prekäre Beschäftigung an Hochschulen eindämmen.

Kettenbefristungen für Doktoranden sind inzwischen an der Tagesordnung, magere drei Euro Stundenlohn für Lehrbeauftragte mancherorts bittere Realität. Gemeinsam mit dem GEW und dem Studierendenverband SDS wollen wir hier die bisherigen Erfahrungen mit dem Arbeitskampf an den Universitäten auswerten und den Sprung in die Zukunft machen: Wie können wir wieder für faire Löhne in der Wissenschaft sorgen?

Effektive Online-Kommunikation – Online-Tools zur Mobilisierung von UnterstützerInnen

Die Unterschriftenaktion ist durchgeführt, jede Menge neue Mailadressen auf der Liste – und jetzt? Wie bringen wir inaktive Mitglieder oder neu Interessierte dazu, sich zu engagieren? Die richtige Kommunikation, auch per Mail, will gelernt sein.

Aktiv für mehr Personal und gute Gesundheitsversorgung für alle

Personalmangel im Krankenhaus gefährdet die Gesundheit! Bei diesem Workshop werden drei Aktive aus dem Bereich der Pflege über ihre eigenen Kämpfe im Krankenhaus berichten. Im Anschluss werden die Erfahrungen der Teilnehmenden in den Auseinandersetzungen vor Ort gesammelt und gemeinsam Handlungsspielräume für lokale Bedingungen ausgelotet.

Betroffen? Mobilisieren!

Ideen zur Organisation von Erwerbslosen und Arbeit in sozial benachteiligten Stadtteilen

Geringe Wahlbeteiligung ist gerade für linke Parteien ein Problem. Wir stehen vor der Frage: Wie mobilisieren wir jene, die von linker Politik am stärksten betroffen sind, aber am seltensten zur Wahl gehen? Viele Ansätze sind erprobt worden, in Deutschland und auch international. Was hat sich davon als erfolgreich erwiesen, und was können wir in dem Feld noch weiterentwickeln?

Jung, prekär, perspektivlos?

Ansätze zur Aktivierung junger Auszubildender und Beschäftigter

„Muss ich mir das gefallen lassen?“, fragen sich wohl viele junge Beschäftigte und Azubis, wenn sie wieder einmal mit Urlaubssperren, Ausnutzung ihrer Arbeitskraft und unterbezahlten Praktika konfrontiert werden. Die wenigsten von ihnen organisieren sich allerdings für Ihre Interessen. Wir stellen die Frage, welche Wege es zur Aktivierung von jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gibt und welche Strategien sich bisher nützlich erwiesen haben und auch lokal verfolgt werden können.

Datum: 15./16. April 2016

Veranstaltungsort:

**GLS Campus, Kastanienallee 82,
10435 Berlin**

Freitag, 15. April: 17–22 Uhr

Samstag, 16. April: 9:30–17:30 Uhr

Jetzt schnell anmelden, die Plätze sind begrenzt!

Anmeldung und weitere Informationen unter: www.die-linke.de/aktionskonferenz



Vortrag mit Diskussion
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-
Anhalte.V.

13.04.2016 Beginn 18:00 Uhr

**Medien. Macht. Manipulation.
Zur Funktion der Massenmedien in der bürgerlichen Gesellschaft**

Der Referent gibt nach einem Blick auf die dominierenden bundes-deutschen Medienkonzerne einen Überblick über die Printmedien des Bundeslandes Sachsen-Anhalt und die entsprechenden Eigentumsverhältnisse an diesen Medien.

Es folgen Ausführungen über den medialen Umgang mit Linken, Freigeistern oder unbotmäßigen Regierungen. Benannt werden hier anhand von aktuellen und historischen Beispielen gezielte Manipulation und auch Grundregeln der politischen Propaganda in den bürgerlichen, staatstragenden Medien.

Mit **Siegfried Krebs** (Journalist)
Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 5, 06122 Halle

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt

KONTAKT
RLS REGIONALBÜRO Halle
Leitergasse 4, 06108 Halle
TEL: 0176-24380169
email: gs-halle@rosaluxsa.de

Vorankündigung:

Senioren-Cafe' am 25. Mai
ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4
Lesung in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung:
Frau Dr. Tatjana Ansbach liest aus ihrem Buch „Fremd“

Achtung! Terminänderung!

PREISSKAT in Halle
am Freitag, dem
06. Mai 2016



Beginn: 14 Uhr Ende: gegen 18 Uhr
Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saaleufer,
Böllberger Weg 150,
Der Einsatz beträgt 5,00 Euro. Jeder erhält einen Preis.

Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierertisch und 27 Spiele am Dreiertisch und nach der Skatordnung des Deutschen Skatverbandes e.V.

Die Auslosung erfolgt gegen 14.10 Uhr.

18.04.2016, 16 Uhr bis 18 Uhr

BürgerInnensprechstunde mit **Petra Sitte** im
Linken Laden

Der Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen (GkGk) trifft sich am **20. April um 17 Uhr im**

LiLa zur Diskussion über das

Thema: Wie können wir den Rassismus aus dem gesellschaftlichen Leben verbannen?

Senioren-Cafe' am **27. April**
ab 14:30 Uhr im Linken Laden,
Leitergasse 4:

Lyrik zum Frühlingsanfang
von und mit Frau Heidrun Härtling

DIE LINKE.
Stadtverband Halle (Saale)

Trotz alledem!

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben am 13. März eine bittere Niederlage zu den Landtagswahlen erfahren. Das macht traurig, wütend, ratlos. Zunächst. Ich war in den letzten Wochen in vielen Runden, in denen erste Analysen, Diskussionen stattfanden. Was ich für mich mitnehmen konnte: Wir sind nicht in Schockstarre verfallen, wir sind aber auch nicht im blinden Aktionismus gelandet. In allen Runden habe ich natürlich Besorgnis, Ratlosigkeit, aber nie Verzweiflung erlebt. Wir haben einen sehr guten Wahlkampf geführt. Wir haben aber auch erlebt, dass Menschen offen, ohne Angst vor Konsequenzen rassistische, weltfremde, antidemokratische Ansichten äußern. Der Rechtsruck in dieser Gesellschaft ist im Wahlkampf zu Tage getreten und hat sich am Wahltag manifestiert. Noch nie gab es eine solche Differenz zwischen Vorwahlumfragen und der ersten Prognose. Kurz vor Ostern traf uns dann nochmals ein Schlag mit dem Verlust eines weiteren Mandats.

Trotz alledem! Wir haben alle gemeinsam die Aufgabe, uns mit der AfD auseinanderzusetzen, die Genossinnen und Genossen im Landtag, in den Kreistagen und den Stadtparlamenten. Und jede Genossin, jeder Genosse im Alltag. Ein guter Anfang war die Argumentationshilfe, die im Vorfeld der Landtagswahl erarbeitet worden war, das sollten wir fortsetzen. Transparenz heißt ein neues Schlagwort. Ja, nur was Genossinnen und Genossen kennen, das können sie auch weitergeben. Öffentlichkeitsarbeit, Verständlichkeit unserer Angebote – das alles sind Dinge, die wir kritisch betrachten und neu diskutieren müssen. Solidarität – diese ist jetzt auch in unserem Landesver-

band wichtiger denn je. Nicht nur der Verlust der Kompetenzen der nicht wieder gewählten Abgeordneten, sondern natürlich auch der Verlust der Präsenz in der Fläche müssen kompensiert werden. Von den finanziellen Mitteln ganz zu schweigen. Jede Genossin, jeder Genosse, der ein Mandat im Landtag hat, ist jetzt gefordert. Weniger müssen größere Flächen abdecken. In diesem Kontext sind auch die Kreis- und Stadtverbände gefragt: Was können diese dazu tun, dass wir weiter so präsent sind wie bisher im Land?

Bei allen Diskussionen in unserem Stadtverband habe ich es als ausgesprochen angenehm empfunden, dass wir zwar z. T. unterschiedliche Analyseansätze haben, aber keine gegenseitigen Schuldzuweisungen konstruieren. Das ist meines Erachtens auch kontraproduktiv.

Ich glaube auch nicht, dass einzelne Plakate für dieses Wahlergebnis verantwortlich sind. Es hat in Baden-Württemberg, in Hessen ganz andere Wahlkampagnen gegeben, wir haben auch dort unser Wahlziel verfehlt. Wir haben viel zu arbeiten, zu diskutieren. Die ersten Regionalkonferenzen haben stattgefunden, am 23. April werden wir in Magdeburg zum Landesparteitag uns intensiv mit den Fragen, die sich aus der Landtagswahl ergeben, beschäftigen.

Auch ich habe im Moment mehr Fragen als Antworten, aber mit euch im Gespräch werden sich die Fragen zu Antworten entwickeln.

Dafür und für euren engagierten Wahlkampf ganz herzlichen Dank.

Marianne Böttcher

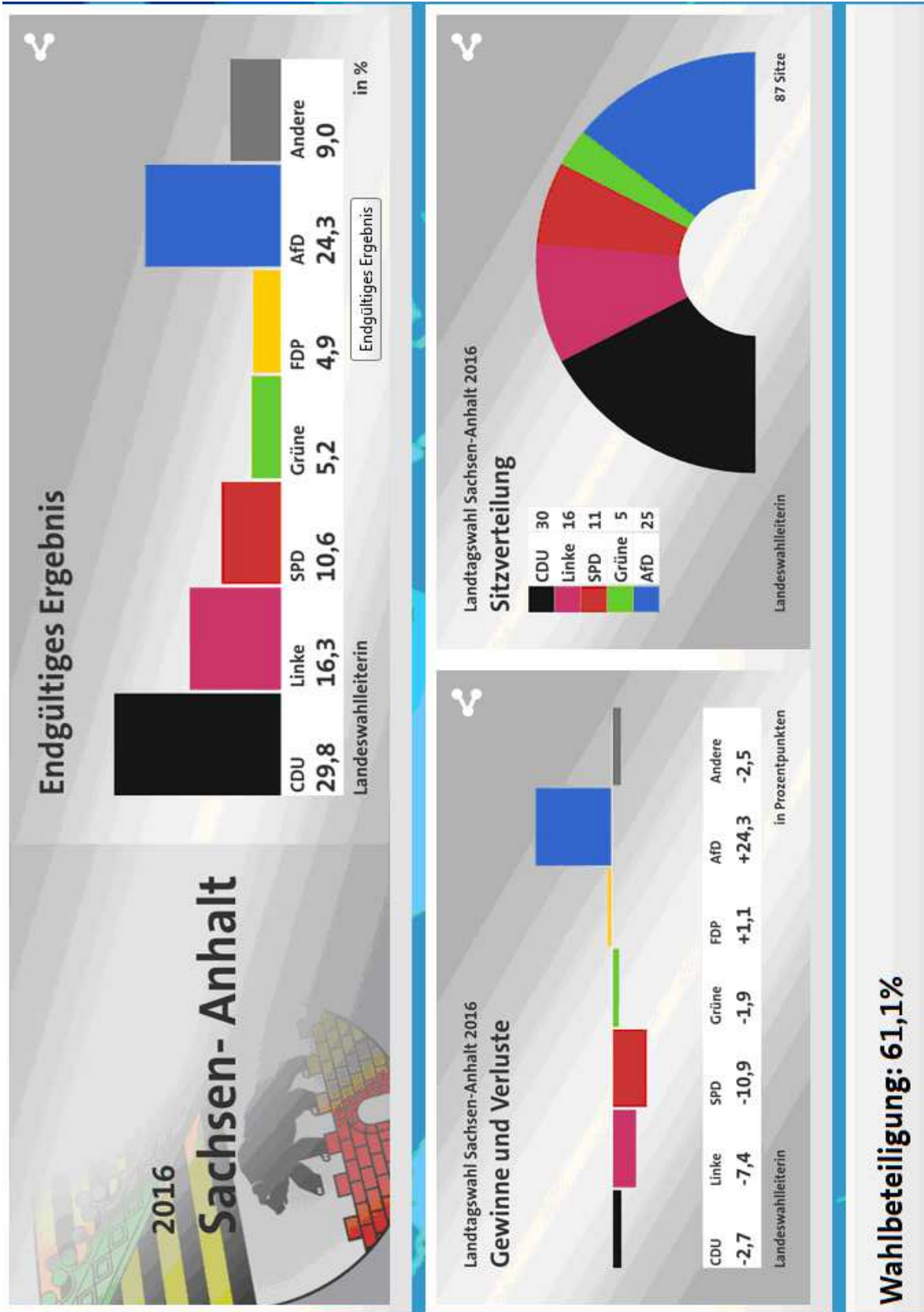
Vorsitzende des Stadtverbandes DIE LINKE. Halle

EU-Türkei-Deal ist staatlich organisierter Rechtsbruch

Die am Montag begonnene Umsetzung des schäbigen EU-Türkei-Deals bezeichnete der LINKE-Vorsitzende Bernd Riexinger erneut als Verstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention. Der Deal ändere nichts an den Fluchtursachen, stütze das undemokratische Erdogan-Regime und schotte die „Festung Europa“ auf Kosten von Menschenleben weiter ab. Sevim Dagdelen, Sprecherin für Internationale Beziehungen der Fraktion DIE LINKE, bezeichnete den EU-Türkei-Deal als „staatlich organisierten Rechtsbruch“.

Derweil entwickelt die EU Pläne für ein gemeinsames EU-Asylsystem. Dies kommentiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion, Ulla Jelpke, wie folgt: „Die EU-Kommission baut Luftschlösser von einem gemeinsamen EU-Asylsystem, während in der Realität Abschiebungsdeals mit der Türkei geschlossen werden. Das passt nicht zusammen. Eine solidarische und humanitäre Flüchtlingspolitik setzt voraus, dass die EU sowohl Abstand von ihrer rücksichtslos betriebenen Abschottungspolitik als auch vom unsäglichen Dublin-System nimmt.“ Gabi Zimmer und Cornelia Ernst (beide MdEP) kommentieren die Überlegungen mit „Zu wenig, zu spät“.

Ergebnisse Landtagswahlen im Saalekreis und in Halle (Saale)





Saalekreis
Wahlkreise 33, 34, 39, 40
Endgültiges Ergebnis

Gegenstand der Nachweisung	Landtagswahl 2016		Gewinn/Verlust zu 2011 %-Punkte	Landtagswahl 2011 %	
	Zahl	%		Wahlberechtigte, Wähler, Wahlbeteiligung	
				Erststimmen	
Wahlberechtigte	157 863				
Wähler/Wahlbeteiligung	98 896	62,6	12,7		49,9
Ungültige Stimmen	2 316	2,3	-0,3		2,6
Gültige Stimmen	96 580	97,7	0,3		97,4
davon für					
CDU	26 858	27,8	-7,7		35,6
DIE LINKE	16 281	16,9	-7,4		24,3
SPD	11 552	12,0	-8,3		20,3
GRÜNE	3 789	3,9	-1,9		5,8
AfD	30 176	31,2	31,2		x
FBM	418	0,4	0,4		x
FDP	6 184	6,4	1,9		4,5
STATT Partei	1 322	1,4	1,4		x
Andere	x	x	-8,6		8,6
	Zweitstimmen				
Ungültige Stimmen	2 112	2,1	-0,2		2,4
Gültige Stimmen	96 784	97,9	0,2		97,6
davon für					
CDU	28 014	28,9	-4,4		33,4
DIE LINKE	14 964	15,5	-7,7		23,2
SPD	9 081	9,4	-11,0		20,4
GRÜNE	3 846	4,0	-1,9		5,9
ALFA	770	0,8	0,8		x
Tierschutzallianz	952	1,0	1,0		x
AfD	27 110	28,0	28,0		x
DIE RECHTE	215	0,2	0,2		x
FBM	435	0,4	0,4		x
FDP	5 613	5,8	0,9		4,9
FREIE WÄHLER	1 581	1,6	-1,6		3,2
MG	206	0,2	0,2		x
NPD	2 084	2,2	-2,7		4,9
Die PARTEI	400	0,4	0,4		x
Tierschutzpartei	1 493	1,5	0		1,5
Andere	x	x	-2,6		2,6

Aktualisierung: 24.03.2016

Kreisfreie Stadt Halle (Saale)
Wahlkreise 35, 36, 37, 38
Endgültiges Ergebnis

Gegenstand der Nachweisung	Landtagswahl 2016		Landtagswahl 2011 %	Gewinn/Verlust zu 2011 %-Punkte	Landtagswahl 2011 %
	Zahl	%			
Wahlberechtigte	188 192				
Wähler/Wahlbeteiligung	119 875	63,7	10,8		52,9
Ungültige Stimmen	2 482	2,1	-0,1		2,2
Gültige Stimmen	117 393	97,9	0,1		97,8
davon für					
	Erststimmen				
CDU	30 144	25,7	-5,2		30,9
DIE LINKE	23 624	20,1	-5,5		25,6
SPD	18 635	15,9	-6,0		21,9
GRÜNE	10 521	9,0	-2,9		11,9
AfD	25 613	21,8	21,8		x
FDP	7 648	6,5	3,1		3,4
Die PARTEI	1 208	1,0	1,0		x
Andere	x	x	-6,3		6,3
	Zweitstimmen				
Ungültige Stimmen	2 161	1,8	-0,1		1,9
Gültige Stimmen	117 714	98,2	0,1		98,1
davon für					
CDU	28 922	24,6	-2,7		27,3
DIE LINKE	22 331	19,0	-5,2		24,2
SPD	13 604	11,6	-9,7		21,2
GRÜNE	12 558	10,7	-2,2		12,9
ALFA	912	0,8	0,8		x
Tierschutzallianz	1 272	1,1	1,1		x
AfD	22 987	19,5	19,5		x
DIE RECHTE	217	0,2	0,2		x
FBM	373	0,3	0,3		x
FDP	7 444	6,3	1,7		4,7
FREIE WÄHLER	1 593	1,4	0,1		1,3
MG	311	0,3	0,3		x
NPD	1 821	1,5	-1,6		3,2
Die PARTEI	1 470	1,2	1,2		x
Tierschutzpartei	1 899	1,6	0,2		1,5
Andere	x	x	-3,8		3,8

Aktualisierung: 24.03.2016